

1875

Der Generalstab war bei der internationalen geographischen Ausstellung in Paris gar nicht vertreten, es fallen damit alle diejenigen Fakta, die dort sich herausgestellt haben sollen. Vor Allem möchte ich erwähnen, daß bei dem großen Flächeninhalt Preußens und der hieraus folgenden längeren Dauer einer allgemeinen Vermessung einerseits, und bei den enormen Fortschritten der Wissenschaft und besonders der Technik andererseits die Arbeiten in dem ganzen Gebiet des Staats nicht von gleicher Güte sein können; immerhin steht es nicht so schlimm, als in jenem Artikel gesagt wird; es existirt kein Theil Preußens mehr, wo nicht bereits eine Triangulation bestünde, die als Grundlage einer topographischen Aufnahme gebient hat oder dienen kann, und die von einem Privatmann aufgenommene Karte Schlesiens ist eine vollständige Mythe. — Um zu einem richtigen Urtheil zu gelangen, will ich zur Orientirung zwei Perioden unterscheiden. Für die Triangulation eine ältere Periode, wo dieselbe nur allein für die Zwecke einer topographischen Vermessung stattfand, und eine neuere, wo die Schaffung eines ausgebreiteten und in seinem Resultate durch Verfeinerung der Punkte gesicherten Netzes als ein Bedürfniß nicht nur des militärischen, sondern überwiegend der übrigen Ressorts der Staatsverwaltung erkannt wurde. — Diese letztere Periode beginnt mit dem Jahre 1862, und seit 1865 arbeitet die trigonometrische Abtheilung der Landes-Aufnahme mit bedeutenden Kräften und mit Mitteln des preussischen Landeshaushalts an der Herstellung eines Netzes, wie es kein Land in so hoher Ausdehnung, Güte und Durcharbeituna beßigt. Bei einem jährlichen Arbeitsquantum von etwas über 200 Quadratmeilen sind bis jetzt etwa 2000 Quadratmeilen fertig gestellt und die Ergebnisse dieser Arbeiten zum Theil publizirt. — Ältere Netze der ersten Periode befinden sich in allen Provinzen Preussens. Für die topographischen



Aufnahmen rechte ich die erste Periode bis zum Jahre 1850, mit welchem Jahre die Aufnahme des Terrains mittelst aquidistanter Niveaumessungen beginnt; erst von diesem Zeitpunkt an sind die Original-Messungsaufnahmen des Generalstabes an einem Punkte angelangt, wo sie nach dem Utheil des aus Vertretern aller Ministerien gebildeten Zentraldirektoriums der Vermessungen im preussischen Staate eine hinreichende Grundlage für die generellen Projekte in allen Zweigen der Staatsverwaltung abzugeben im Stande sind. Auf diesen Punkt alle Original-Messungsblätter des Generalstabes hinzuführen, bildet das Ziel der topographischen Aufnahmen, während das Ziel der kartographischen Leistungen dahin geht, aus jenen Aufnahmen nicht nur die Karte in 1:100,000, sogenannte Generalstabskarte in Kupfer, sondern auch die Karte in 1:25,000, sogenannte Detailkarte in Kupfer, zu veröffentlichen. In diese 2. Periode fallen bis jetzt: der südliche Theil der Rheinprovinz, die Provinz Hessen Nassau, die Provinz Sachsen mit den von dem preussischen Generalstab bearbeiteten thüringischen Staaten; die Altmark; die Umgebung von Berlin, die Provinz Ost- und Westpreußen, sowie kleine Theile in verschiedenen Provinzen. In dem gesammelten übrigen Staatsgebiete existirt aus der Zeit vor 1850 eine topographische Aufnahme aber ohne Niveaumessungen mit alleiniger Ausnahme Schleswig-Holsteins, wo aber, nachdem die Triangulation dort beendigt ist, eine topographische Vermessung in den nächsten Jahren bevorsteht. Auf dem Felde der topographischen und kartographischen Arbeiten ist also am meisten zu thun und in Erkenntnis dieses ist eine neue Organisation des gesammelten Vermessungswesens im Entstehen. Vermöge deren auch hier, wie bei der Triangulation, die Arbeit im Minimum mit 200 Quadrat-Meilen jährlich gefördert werden soll. Die Ermächtigungen nun, wie diese neue Organisation eingerichtet und die dafür nöthigen Fonds zu etablieren sind, wie weit das preussische Landesinteresse dabei betheilig ist und demgemäß verpflichtet ist, zu dem in militärischen Interesse des Reichs zu leistenden Ausgaben für Vermessungswesen beizutragen, haben wegen der mit dieser Umgestaltung verbundenen Verhandlungen noch zu seinem Abschluss geführt, bei der allseitigen Erkenntnis der Sachlage und bei der richtigen Würdigung, welche dieselbe auch in Kreisen der Abgeordneten zum Reichstage und Landtage findet, zweifle ich keinen Augenblick daran, daß die nöthigen Opfer werden gebracht werden.

Zur Regelung der das Apothekewesen betreffenden Gesetzgebung hat der preussische Minister der Medicinal- u. s. w. Angelegenheiten nunmehr dem Reichskanzleramt seine Anträge gestellt, damit diese seitens des Bundesraths geprüft werden. Inhabt dieser auch von der Pharmazeutischen B. befragt, so sollen die Konzeptionen aller neu zu errichtenden Apotheken auf noch 25 Jahre also bis Ende 1900 erteilt und die bestehenden konfessionirten Apotheken wie die neu errichteten behandelt werden. Wo ein Ablösungsverfahren notwendig ist, ist es einzuleiten; auch die hypothetisch nachweisbaren Privilegien sollen möglichst geschont werden. Hinsichts der konfessionirten Apotheken zweier und weiterer Hand scheint die Ansicht zur Geltung gekommen zu sein, daß es sich hauptsächlich und in erster Reihe darum handle bei der Ueberführung der Apotheken in neue Rechtsverhältnisse Zeit zu gewinnen. Treten die Regierungen den preussischen Vorschlägen bei, so hört mit dem 20. Jahrhundert das Konzeptionsverfahren ganz auf. — Der vorangeführten Quelle zufolge hat die preussische Kommission den Auftrag erhalten, die Arzneitaxe für 1876 ganz nach den alten Grundätzen festzustellen, wiewohl letztere nicht mehr zeitgemäß und zureichend seien.

Ueber die Ermordung des Kapitäns und des Steuermanns des deutschen Schooners „Anna“ durch die chinesische Mannschaft des Schiffes ist jetzt ein weiterer Konsularbericht an das auswärtige Amt hier eingegangen. Die „Anna“ hatte am 10. September von Amoy nach Tientsin anküsst; die Besatzung bestand aus dem Kapitän H. J. Gervais aus Flensburg, dem Steuermann A. Bahr (oder Buur) aus Kopenhagen, einem chinesischen Bootsmann, fünf chinesischen Matrosen und dem gleichfalls chinesischen Koch und Küchensingen. Die erste Nachricht von dem Verbrechen ward am 29. September Morgens durch die beiden letzteren Personen dem in Amoy wohnenden Eigenthümer des Schiffes, Kaufmann Wilhelm Danielien aus Flensburg, überbracht. Im konsularischen Konsulat sofort vernommen, gaben diese beiden Chinesen folgende Einzelheiten an: Die Ermordung des Kapitäns und Steuermanns habe am 22. September, Abends nach 10 Uhr, stattgefunden; ersterer sei auf der Wache am Deck, wahrscheinlich im Schlaf, letzterer in der Kajüte getödtet worden; die Mordinstrumente seien in beiden Fällen Schiffsärzte gewesen. Die Mörder hätten nach der That, welche in der Nähe der Infanterie-Kajüte, etwa 25 Meilen nördlich von der Mündung des Min, verübt worden sei, den Kurs des Schiffes verändert und am folgenden Morgen in einer mehr südlich gelegenen Bay Anker geworfen. Während man am Lande Theile der Ladung zum Kauf angeboten habe, sei es ihnen, dem Koch und Schiffsjungen, geblieben zu entkommen, und hätten sie den Weg nach Amoy theils über Land theils in Fischerbooten zurückgelegt. Der konsularische Konsul richtete sofort an den Kommandanten des aerate im Hafen von Amoy befindlichen kaiserlichen Kanonenbootes „Cylopp“, Kapitän-Deutnant von Reiche, das Ersuchen, sich über Foochow nach dem Orte, wo die „Anna“ zuletzt gesehen worden sei, zu begeben, um die Mörder zu verfolgen und womöglich Schiff und Ladung zu retten. Zu dem Zweck wurden die beiden entkommenen Chinesen und zur Erleichterung etwaiger Verhandlungen mit chinesischen Behörden der interimsische Dolmetscher des konsularischen Konsulats dem Kommandanten des „Cylopp“ mitgegeben und zur Verfügung gestellt. Das Kanonenboot verließ bereits am selben Nachmittage um 4 Uhr den Hafen von Amoy. Ueber den Erfolg der Expedition fehlten bis zum Abzuge des Berichtes die Nachrichten. Konsul Krauel richtete außerdem unverzüglich die geeigneten Schreiben an die chinesischen Behörden in Amoy, Foochow und auf Formosa, um die letzteren zur Anordnung der für die Ergreifung und Bestrafung der Mörder und, wenn möglich, zur Sicherung von Schiff und Ladung erforderlichen Maßregeln zu veranlassen. Dieser bedauerliche Vorfall hat begreiflicherweise bei dem schiffahrtstreibenden Publikum eine um so größere Aufregung hervorgerufen, als der Fall, daß auf einem an den chinesischen Küsten verkehrenden deutschen Segelschiffe nur Kapitän und Steuermann Deutsche, alle Matrosen aber Chinesen oder Malaien sind, keineswegs zu den Seltenheiten gehört.

Die einjährigen Freiwilligen der Kavallerie, der reitenden Artillerie und des Train mußten bis dahin für den Fall, daß sie nicht ihr eigenes Pferd benutzen, für die Benutzung eines Regimentspferdes, excl. der Reaktions- und Hufbeschlagelder, eine Jahresentschädigung von 32 Thalern zahlen. Jetzt, nachdem die diesmal Ausgehenden schon seit dem 1. Oktober dienen, ist das neue Wehrordnungsgesetz in Kraft getreten, welches bestimmt, daß jeder einjährige Freiwillige gebachter Truppengattungen für den Gebrauch eines Regimentspferdes 100 Thaler zu zahlen hat. Viele, die nun die Aufforderung zur Wehrzahlung erhalten haben, verweigern dieselbe, da sie bei ihrem Eintritt nicht davon in Kenntnis gesetzt worden seien. Höchst wahrscheinlich wird dies zu einer Entscheidung des Kriegsministers führen.

Der königliche Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte hat folgende Entscheidung getroffen: Ein königlicher Forstakzessor, welcher, indem er seine in der königlichen Forst zur Ergreifung eines Jagdkontingenten begonnene Amtshandlung durch Verfolgung des Kontingenten auf ein fremdes Jagdrevier fortsetzt, dieses Revier mit unbefugtem Gewehr betritt, macht sich dadurch einer zur gerichtlichen Abhandlung geeigneten Amtsverletzung nicht schuldig.

Das Generalpostamt hat jetzt entschieden, daß die nur mit einer Schiffe versehenen postlagernden Briefe, deren Weiterbeförderung an eine bestimmte Person nach einem anderen Orte verlangt wird,

durch die Aufschrift der neuen Adresse die Eigenschaft neuer Beförderungsgegenstände erhalten und daher bei der Weiterbeförderung von Neuem mit Porto belegt werden müssen.

Dem Magistrat ist nun offiziell mitgeteilt worden, daß für den 1. Januar l. J. die Schließung der königlichen Leihämter in der Art in Aussicht genommen sei, daß von Beginn des künftigen Jahres an neue Pfanddarlehen nicht mehr gegeben und nur noch die schwebenden Geschäfte liquidirt werden. Das Finanzministerium hatte die Seehandlung aufgefordert, sich schleunigst darüber zu äußern, welche Bedenken der Schließung der königlichen Leihämter am 1. Januar l. J. entgegenstehen und die Seehandlung sich dahin geäußert, daß gar keine Veranlassung vorliege, das Institut der Leihämter von Seiten des Staates weiterzuführen, da der letztere weder ökonomisch noch finanziell sich dazu für verpflichtet erachte. — Inzwischen macht die Leihämterfrage in den Bezirksvereinen die Runde. Im Bezirksverein Alt-Rölln ist am 10. das ablehnende Verhalten der Stadtverordneten-Versammlung einer sehr abfälligen Kritik unterzogen und folgende Resolution gefaßt worden: „Der Bezirksverein Alt-Rölln erklärt das Fortbestehen des königlichen Leihämter für eine Nothwendigkeit und protestirt gegen die Aufhebung desselben.“ — In der am 9. abgehaltenen Sitzung des Dramenplatz-Betriebsvereins wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Dramenplatz-Betriebsverein erklärt in Erwägung, daß für unsere unheimlichen, noch nicht der Klasse der Almosenempfänger angehörigen Mitglieder das unter Staatskontrolle stehende Leihinstitut der Rettungsanstalt in der Noth ist und daß nach Aufhebung dieses Instituts eine Vermehrung der Almosenempfänger und des Proletariats unbedingt eintreten würde — den auf Scheingründen beruhenden Beschluß der 43 von den 108 Vertretern der Stadt Berlin als einen verhängnisvollen, und spricht die Erwartung aus, daß die königliche Staatsregierung ein wärmeres Herz für die ärmern Mitglieder haben und nicht nur das Institut der Leihämter erhalten, sondern auch neu organisiren werde.“ — Gleichzeitig wurde der Vorstand beauftragt, eine darauf hinielende Petition an die Staatsregierung abzugeben.

Folgendes Eingekandt brachte unlängst die „Kreuzzeitung“ auf der ersten Seite des politischen Theils: „Bei der immer mehr hervorbrechenden dreifachen Unversämtheit der sogenannten „Saltschneider“, deren gefegliche Bestrafung zu selten gelangt, würde ein kleiner Paragraf bei der Revision des Strafgesetzbuchs von weittragendem Nutzen sein, nämlich: „Mit Zuchthaus wird Jeder bestraft, der sich von seinem Schuldner die persönliche Ehre verpfänden läßt.“ Dazu würde freilich auch gehören, daß jeder Beamte, der seine Ehre in Schuldsachen verpfändet, sofort aus dem Dienste entlassen wird, gleichviel, ob er seinen Verpflichtungen rechtzeitig nachgekommen ist oder nicht.“

Breslau 15. November. [Stadtverordnetenwahl.] Von der Do minel. Unsere Stadt ist in einer gewissen Aufregung wegen der bevorstehenden Ergänzungswahlen der Stadtverordneten. Alle Bezirksvereine beschäftigen sich mit dieser Frage und eine Menge neuer Kandidaten werden in Vorschlag gebracht. Ziel beprochen wird die Kandidatur des Realschullehrers Dr. Fiedler (Meister vom Stuhl der vereinigten Domlogen), eines sehr intelligenten Mannes, bei dem man von verschiedenen Seiten den Stand eines städtischen Lehrers mit der Uebernahme des Amtes eines Stadtverordneten für unvereinbar hält. — Auf unserer Dominsel herrscht ein ziemlich bewegtes Leben; der Beschluß des Domkapitels wegen Ablehnung der Wahl eines bischöflichen Vikars ist amlich dem Oberpräsidium (Graf Armin) übermorgen nach schwebendstem Urtheil wiederum sein Amt) noch nicht angeeignet; der zehnjährige Termin läuft am 19. d. Mts. ab. Viel Staub wirbelt eine Wohnungsfrage auf, indem der Generalvikar Neuland die durch den Verzug des Domherrn von Richthofen her gewordene Kurie einer ihm befreundeten Familie eingeräumt hat. In der Neuzeit ist nun den Geistlichen an der Sandkirche, Kurat Stern, und den Kaplänen Weinhold und Raschinsky die staatliche Dienstwohnung gekündigt und beansprucht diese Herren freie Aufnahme in der betreffenden, aber anderweit besetzten Kurie. Es soll da auf der Dominsel zu heftigen Auftritten gekommen sein. Ein Ausgleich ist endlich dadurch herbeigeführt worden, daß den betreffenden Geistlichen die Kurie des Domherrn Dr. Wil., welcher in die ehemalige Wohnung des jetzigen Weihbischofs gleich überfiedelt ist, eingeräumt werden konnte. Wie sich seiner Zeit der Regierungskommissarius von Schumann zu diesen Fragen stellen wird und in welcher Weise die leerstehenden Kurien und schließlich auch das fürstbischöfliche Palais selbst Verwendung finden werden, muß abgewartet werden. Jedenfalls gehören diese Räumllichkeiten zu dem Eigentum der Kirche, und wird im Interesse der Vermögensverwaltung derselben über sie zu verfügen sein.

Hödelheim, 11. November. Heute war eine Regierungskommission hier, um wegen Sicherung des beweglichen Vermögens der hiesigen katholischen Kirchen-Gemeinde, nachdem Pfarrer Jungar durch bischöfliche Verfügung vorläufig vom Dienste suspendirt worden, das Erforderliche anzuordnen. Da der in Folge des Gesetzes über die Vermögensverwaltung der katholischen Kirchen-Gemeinden neu zu wählende Kirchen-Vorstand zur Zeit noch nicht besteht, so wurde zunächst ein solcher Vorstand unter dem Vorstehe des Orts-Bürgermeisters Müller in kommissarischer Weise bestellt, und das bisher in Verwaltung des Pfarrers befindliche Vermögen dem neuen Vorstande übergeben. Die vorhergegangene Revision ergab, daß sich das in den verschiedensten Staats-Obligationen bestehende Vermögen in einer ganz musterhaften Weise und Ordnung verwahrt vorfand, und somit die Auslieferung ohne Weiterungen stattfinden konnte. Pfarrer Jungar hat übrigens gegen das Urtheil der Strafkammer Appellation eingelegt, doch soll er im Falle einer Freisprechung beabsichtigen, seine Pensionierung zu verlangen.

Stuttgart, 12. November. Die evangelische Landessynode, welche sich in der kurzen Zeit ihrer Thätigkeit einen nicht gerade feinen Namen erworben hat, ist am 9. v. durch königl. Entschliessung verlag worden. Vorher hatte Prälat v. Kapp noch Gelegenheit genommen, seinen bekannten Antrag mittelst einer motivirten Erklärung zurückzunehmen. Nebenher gab er noch die Bemerkung zum Besen, daß er die Unruhe, welche durch seinen Antrag im Lande hervorgerufen worden sei, nicht bedauere. Die wahrhaft Gläubigen hätten an dem Beschlusse der Synode doch wenigstens erkennen können, daß es ihr Ernst sei mit Wahrung des Christenthums. Er sei in der Lage, nicht weniger als vier Beispiele von unethischen Ehen anzuführen, wolle jedoch diesen Schmutz hier in der Synode nicht anföhren. Die Ober-Kirchenbehörde werde hoffentlich die richtigen Mittel und Wege finden, um die Geistlichen vor ungebührlichen Zumuthungen in Betreff von Trauungen zu schützen. Die Frage der Verdrückung der Synode zu einer Vertagung wurde von mehreren Seiten verneint, schließlich aber, nach der Erklärung der Regierung über ihren eigenen Standpunkt, dahin entschieden, daß, da das Synodalstatut die Vertagung nicht verbiete, sie als erlaubt zu betrachten sei. Ob diese Entscheidung die richtige war, möchte im Hinblick auf die im Lande herrschende Stimmung über die Haltung und Thätigkeit der Synode zu verneinen sein. Sympathien hat sich die fromme Körperschaft wohl nur in den Kreisen der strengsten Orthodoxe erworben, der überwiegende Theil der evangelischen Bevölkerung des Landes hat sich dagegen durch die ihm zu Gebote stehenden Organe der Öffentlichkeit unumwunden gegen diese Art von Vertretung der kirchlichen Interessen ausgesprochen. Der Geist mittelalterlicher Kirchenzucht, wie er mehr noch aus verschiedenen nicht zur Annahme gelangten reaktionären Anträgen, als aus den Beschlüssen der Versammlung sich vernehmbar machte, hat in allen irgendwie freisinnigen Kreisen den Wunsch nicht nach Vertagung, sondern nach Auflösung, bezw. Verabschiedung der Synode entstehen lassen. „Sei schiden!“ lautete die Parole der unabhängigen Blätter; noch viel unumwundener äußerte sich aber in diesem Sinne die Stimme des Volks in den Diskussionen an öffentlichen Orten und im Privatgespräch. Unter solchen Umständen hätte die Regierung um so mehr die Verpflichtung gehabt, den gesagenden Faktoren die Frage zur Entscheidung vorzulegen, aber der Abg. v. Wohl, der f. J. im Geheimrath das Gutachten über das Synodal-Statut zu erstatten gehabt hatte, konstatierte, daß dort von einer Vertagung nie die Rede gewesen sei.

München, 12. November. Die neueste Notiz in Sachen Luz contra Bischof Senefrey, welche die „Allg. Ztg.“ enthält, lautet: „Wie wir vernehmen, hat Herr Staatsminister Dr. v. Luz an Herrn Bischof v. Senefrey in Regensburg bereits auf brieflichem Wege Vorschläge bezüglich einer Vertrauensperson ergehen lassen, welcher die Vernehmung der Zeugen in der Differenz zwischen den beiden Herren übertragen werden soll.“ — Der katholische Pfarrer Barthelme in Sulzfeld am Main (Unterfranken) hat nach Mittheilung der „N. Würzb. Ztg.“ am Allerheiligentage in der Festpredigt seinen Pfarrkindern folgendes Kompliment gemacht:

„Die Alten haben eine Seelenwanderung geglaubt, wonach Seelen von bösen Menschen nach deren Tode in Thiere fahren sollten. Wenn das so wäre, so müßte ich mit Bedauern aussprechen, daß einzelne von meinen Pfarrkindern in Schweine fahren würden, und dann aber müßte ich diese Schweine um so mehr bedauern, weil sie bei der gegenwärtig schwindeligen Zeit dann gar von der Suche, von der Schweinekrankheit würden befallen werden.“ (!)

Paris, 13. Novbr. Der Sieg der Regierung in der Annahme der Arrondissementswahl durch die Nationalversammlung wird allseitig als ein Ereignis von großer Tragweite anerkannt. Die republikanischen Organe sind schier aus den Banden. Die genauen Biffern der entscheidenden Abstimmung liegen jetzt vor. Die Nationalversammlung besteht aus 733 Deputirten; 26 Sitze sind durch Todesfall vakant. Von den 707 aktiven Deputirten nahmen 683 an der Abstimmung Theil, 7 waren als regelmäßig beurlaubt nicht anwesend, und 22 Deputirte enthielten sich der Abstimmung. Die Majorität für die Regierung betrug bekanntlich 31; von den 29 nicht mitstimmenden Deputirten würden nach ihrem Parteistandpunkte 16 für, 13 gegen die Regierung gestimmt haben. Das parlamentarische Manöver der Republikaner, die geheime Abstimmung zu beantragen, giebt den Bonapartisten die Möglichkeit zu behaupten, sie hätten den Sieg der Regierung herbeigeführt. Für die Regierung könnte es eine Unbequemlichkeit werden, wenn die Bonapartisten für diesen angedachten Dienst eine rückwärtsvolle Behandlung verlangen. Der Bruch zwischen den Republikanern und den Orléanisten ist vollständig, die konstitutionelle Majorität vom 25. Februar ist gesprengt. Herr Buffet bemüht sich, eine neue gouvernementale Majorität herzustellen. Die Intransigenten der äußersten Linken benutzen das Ereignis aus, indem sie Gambetta und Genossen vorhalten, ihre Warnung überhört und sich mit den Orléanisten eingelassen zu haben. Sie erklären sich von den Orléanisten angeführt, „joux“, und in einer Weise, die in ihren Folgen die Existenz der Republik bedroht. Die Robomontaden der „République française“ erregen nur Gelächter, namentlich die Behauptung, daß Buffet nicht gewagt habe, Gambetta zu antworten. Die Wahrheit ist, daß Herr Buffet von seinen Kollegen am Rodripel zurückgehalten wurde, damit er Gambetta nicht antwortete, da, wie schon gemeldet, gerade die Rede des Exdiktators die Ueberredung des Justizministers Dufaure vervollständigt hatte. (Nat. Ztg.)

Versailles, 11. November. [Fortsetzung der Verhandlung in der Nationalversammlung über § 14 des Wahlgesezes, betreffend den Wahlmodus.] Der Justizminister Dufaure führt in seiner Vertheidigung der Vorlage fort:

Die Listen-Abstimmung bedroht das Recht der Wähler; man kann nach Millionen zählen die Wahlberechtigten, welche, von der täglichen Arbeit in Anspruch genommen, sich keine Meinung über die allgemeinen Interessen des Landes bilden können. Sie haben schon wenig genug, ein Mitglied des Gemeinderaths zu wählen, und nun sollen sie gar noch Listen von 5, 6 oder 8 Namen wählen. Wie kann unter solchen Umständen die Wahl frei und aufrichtig sein? Es ist in allen parlamentarischen Ländern wichtig, die Beziehungen zwischen dem Wähler und dem Gewählten aufrechtzuerhalten; es muß zwischen ihnen nicht ein Zwangsauftrag, sondern ein moralisches Band bestehen. Die Wahl in Arrondissements bietet den Wählenden eine Hülfsmittel, während die Listen-Abstimmung der Wähler unterdrückt. Barodet erhielt in Paris 180,000 Stimmen, Remusat nur 135,000. Wären 22 Deputirte zu wählen gewesen, so würden diese 22 von der Richtung Barodet's gewählt worden sein. Inreß hatte Herr de Remusat die Mehrheit in acht Arrondissements erhalten; dies beweist klar und deutlich, daß die Arrondissements-Abstimmung eine Bürgschaft für die Wählenden ist. Ich habe zwei Kammern und das Aufzählungsrecht verlangt. Ich verlange heute die Einzelabstimmung; eine gewisse Anzahl von Mitgliedern, die ebenfalls, aber auf andere Weise republikanisch sind, weisen diese Forderungen zurück. Ich konnte früher zu ihnen halten; heute und in Zukunft bin ich aber von ihnen getrennt. Man hat die offiziellen Kandidaten gegen die Wahl nach Arrondissements angeführt. Indessen ist bei der Listenwahl die Beziehung gerade so gut möglich. Unter keinem Kaiserreich bestand eine Minister-Verantwortlichkeit; die Diktatur herrschte; heute besteht die Minister-Verantwortlichkeit und keine Diktatur. Der Ausfall der nächsten Wahlen läßt sich unmöglich voraussagen. Was man sagen kann, ist, daß die Regierungspolitik vollständig unabhängig ist. Dufaure schließt mit der Versicherung, daß er die Verantwortlichkeit für seine Handlungen übernehme, und mit der Hoffnung, daß Alle ein Gleiches thun werden. (Beifall rechts.) Es ist 6 1/2 Uhr. Die Vertagung auf morgen wird verlanzt, aber abgelehnt. Gambetta erhält das Wort: „Es giebt keinen Schieber zwischen dem Lande und der Kammer, und alle Welt kennt die Antwort des Landes. Die politische Verantwortlichkeit des Justizministers kann nie durch die Berichte seiner vorurtheilsvollen Beamten erkärt werden. Als Herr Dufaure seinen Entwurf unter der Regierung des Herrn Thiers vorlegte, sollte der Senat nach dem allgemeinen Stimmrecht vermittelst Listenwahl ernannt werden. Unter diesen Umständen war die Wahl nach Arrondissements für die Deputirtenkammer eine Möglichkeit; das Land würde sie annehmen haben. Heute ist das Gleichgewicht vernichtet.“ Die Wahl Barodet's sei kein Beweis; denn wenn nicht ein, sondern mehrere Kandidaten zu wählen gewesen, so würde Herr de Remusat ebenfalls aus der Urne hervorgegangen sein. Bei dieser Gelegenheit habe es sich übrigens um einen Protest gehandelt; man habe der Stadt Lyon Genehmigung verschaffen wollen; wenn dieses nicht der Fall gewesen, so wäre Barodet gar nicht gewählt worden. Die Gemeindefreiheden der Stadt Lyon hätten triumphirt, nicht Barodet. Um auf die Vorwürfe gegen die Listenwahl zu antworten, rath er, einen Blick auf die Wahlen der letzten fünf Jahre zu werfen. Wo sind die Skandale, die Wahlkomite's, welche die Wähler einschüchtern? Ueberall habe die französische Demokratie an Ensticht und Erfahrung Fortschritte gemacht und gewußt, was sie gethan. Als einen Vortheil der Arrondissements-Abstimmung habe der Justizminister angeführt, daß sie engere Beziehungen zwischen dem Wähler und Gewählten erhalte; in dem Bilde, welches er von Pflichten der Auftraggeber entworfen, sei es aber leicht, den von ihm verordneten Zwangsauftrag in seiner ganzen Strenge zu erkennen. Die Listen-Abstimmung begünstige im Gegentheil den Verkehr des Gewählten mit dem Wähler. Beweise dafür seien die Rede des Herrn Buffet in den Bogenen und die Leon Say's in Stord. Wenn man die Wahlbezirke kleiner mache, so verbinde man nicht die Zahl der Kandidaten, und wenn die Wähler Dummköpfe sind, wie Herr Dufaure annehmen beliebe, so seien sie mit der Arrondissements-Abstimmung in eben so großer Verlegenheit wie mit der Listen-Abstimmung. Man werde in jedem Bezirk so viele Kandidaten aufstellen, als man wolle. Die Gründe, die man gegen die Listenwahl vorgebracht, seien auch nicht die wahren: man wolle einfach das allgemeine Stimmrecht vernichten! (Lärm rechts.) Man habe nicht das Recht, die Unfähigkeit der Hälfte der Wähler zu befehligen. Der Wähler



☐ Pleschen, 14 November. [Kreis-Lehrerbibliothek. Methodologischer Lehr-Kursus. Mordanfall. Wilddiebe.] Auf Anregung des hiesigen Kreis Schul-Inspectors Gratz haben die katholischen Lehrer für den hiesigen Kreis eine Kreis-Lehrer-Bibliothek gegründet. Der Kreis wurde in die fünf Bezirke: Pleschen, Kotlin, Jarcein, Mieszkow und Kienkabt a. W. getheilt und für jeden Bezirk ein Bibliothekar ernannt. Als Haupt-Bibliothekar fungirt der hiesige Rektor Donat. Nach einer Verfüzung der Regierung in Bosen sollen alle Lehrer im Kreise, ohne Unterschied der Konfession, zur Theilnahme an der Kreis-Lehrer-Bibliothek herangezogen werden. Es wurden daher die an der hiesigen deutschen Bürgerschule wirkenden evangelischen Lehrer ebenfalls zum Beitritt, gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes von 2 Mark, aufgefordert. Dieser Betrag scheint den Letzteren zu hoch zu sein und haben sie sich an die Regierung mit der Bitte gewandt, das Eintrittsgeld zu ermäßigen. — Von der Regierung in Bosen ist die Anordnung getroffen, daß in der hiesigen katholischen Schule vom 8. bis inkl. den 20. d. unter Leitung des Kreis Schul-Inspectors Gratz und unter der Mitwirkung des Lehrers Stomkowski, ein methodologischer Kursus im deutschen Sprach-Unterricht abgehalten werde. Zur Theilnahme an demselben sind die drei



